

Tabak-Arbeiter

Nr. 33 / Bremen, den 16. August 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergespaltene Millimeterzelle. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerlei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weibe 201, Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibebungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Bejenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: Die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen!

Der Kampf geht um eure Zukunft!

Eure Parole muß sein: Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!
Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!
Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen
für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Berlin, den 16. August 1930.

Vorstand und Ausschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Unsere Parole zur Reichstagswahl

„Der Deutsche“ (Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften), „Die Rote Fahne“ (Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands) und die „Tabakarbeiter-Zeitung“ (Eigentum des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands) fallen in holder Eintracht über uns her, weil wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 30 folgende Sätze geschrieben haben:

Betonen möchten wir aber jetzt schon, daß es für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter nur eine Partei gibt, die ihre Unterstützung verdient, nämlich die Sozialdemokratie. Sie allein ist es, die zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für die Forderungen der freien Gewerkschaften eintritt. Ihren Sieg gilt es deshalb mit allen Kräften herbeizuführen.

Besonders der mittlere Satz hat es ihnen angetan. Nach ihrer Ansicht soll er mit den Tatsachen im Widerspruch stehen, weil die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Tabaksteuererhöhung vom Dezember vorigen Jahres zugestimmt habe, trotzdem die Funktionäre unseres Verbandes sich kurz vordem mit aller Entschiedenheit gegen jede Erhöhung des Tabakzollens und der Steuern auf Tabak und Tabakerzeugnisse ausgesprochen hätten. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß im Wahlkampf versucht werden wird, mit einer derartigen Argumentation die Tabakarbeiter gegen die Sozialdemokratische Partei aufzubringen, halten wir uns für verpflichtet, mit aller Deutlichkeit zu sagen, was war und was ist.

Richtig ist, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Dezember vorigen Jahres unter dem Zwange der Verhältnisse, trotz schwerer Bedenken, einer Tabaksteuererhöhung zugestimmt hat. Die Dinge liegen nun einmal — für uns Tabakarbeiter leider — so, daß es wohl kaum einen Staat auf der Welt gibt, der den Tabak nicht in irgendeiner Form „bluten“ läßt. Das reiche Amerika und das arme Oesterreich, das republikanische Frankreich und das monarchistische England, das faschistische Italien und das kommunistische Rußland, alle ohne Ausnahme betrachten Tabaksteuern, Tabakzölle oder Tabakmonopole als sehr ergiebige Einnahmequelle. Auch Rußland, wie wir der „Roten Fahne“ gegenüber noch einmal ausdrücklich betonen möchten. Vom 1. Oktober 1925 bis zum 30. September 1926 betrug hier die Einnahme aus dem Tabak 123 800 000 Rubel. In der gleichen Zeit erbrachten die direkten Steuern 641 171 000 Rubel und die Akzisen 992 142 000 Rubel, also nur das fünf- bzw. achtfache der Tabaksteuereinnahmen. Der Voranschlag für das Jahr 1928/29 sah sogar eine Tabaksteuereinnahme von insgesamt 194 715 000 Rubel vor.

Zu alledem kommt, daß — von den Tabakinteressenten abgesehen — sich kein Mensch weiter darüber aufregt, wenn dem Tabak neue Lasten aufgebürdet werden. Das gilt auch für die Arbeiterschaft, die besonders dann nicht gegen eine Erhöhung der Tabaksteuern und Tabakzölle in Bewegung zu bringen ist, wenn die Mehreinnahmen zur Aufrechterhaltung sozialer Einrichtungen Verwendung finden sollen. Im Dezember vorigen Jahres lagen die Dinge außerdem so, daß die Tabaksteuererhöhung, für die auch die dem „Deutschen“ und der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ besonders nahestehenden bürgerlichen Parteien stimmten und die von bestimmten Unternehmergruppen mehr und minder deutlich angeboten war, zum sogenannten Sofortprogramm gehörte, das noch vor Jahresluß verabschiedet werden sollte.

Angesichts einer solchen Situation waren sich die im Bremer Volkshaus versammelten Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes darüber klar, daß mit der Betonung ihrer grundsätzlich ablehnenden Stellungnahme gegen jede Mehrbelastung des Tabaks der Tabakarbeiterschaft allein nicht gedient wäre. Sie beauftragten deshalb ihren Verbandsvorstand, alle nach Lage der Verhältnisse erfolgversprechenden Mittel in Anwendung zu bringen, um die Nachteile für die Tabakarbeiterschaft und die Verbraucher auf ein Minimum herabzudrücken. Vorwiegend dachten sie dabei an die Einführung eines staatlichen Zigarettenmonopols.

Im Sinne dieses Auftrages ist dann gehandelt worden. Eine Vertretung des Verbandsvorstandes war während der Zeit, wo die Tabaksteuervorlage im Steuerausschuß und im Plenum des Reichstages zur Beratung und Beschlußfassung stand, dauernd in Berlin, um die Interessen der Tabakarbeiter wahrzunehmen. Ihr Wirken fand bei den maßgebenden Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wohlwollendes Verständnis und weitgehende Unterstützung. Allein der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es zu verdanken, daß die Kontingentierung der Zigarettenindustrie, gegen die die Verbandsfunktionäre

die größten Bedenken erhoben hatten, nicht auf fünf Jahre, wie es der Regierungsvorschlag wollte, sondern nur auf 1½ Jahre befristet wurde. Sie ist es auch gewesen, die sich im Sinne der von den Verbandsfunktionären einmütig angenommenen Entschliebung für die Monopolisierung der Zigarettenindustrie eingesetzt hat, während die Bürgerblockregierung Brüning neuerdings mit dem Artikel 48 die Kontingentierung wieder um ein Jahr verlängert hat.

Also auch in diesem Falle gilt, was wir geschrieben haben, daß es allein die Sozialdemokratische Partei ist, die zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für die Forderungen der freien Gewerkschaften eintritt, obgleich wir seinerzeit mehr an die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen allgemeiner Art, als an die Spezialforderungen der Tabakarbeiter gedacht haben. Wider Willen muß das auch die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ zugestehen, denn in einem lichten Augenblick schreibt sie, oder soll es wieder der Druckfehlerteufel gewesen sein?:

Noch nie hat eine politische Partei in Deutschland von der Größe der Sozialdemokratie so verantwortlich am Staate, am Volke und damit auch an der Arbeiterschaft gehandelt, wie die Sozialdemokratie.

Ganz unsere Meinung. Und weil das so ist, gehören bei der Reichstagswahl am 14. September alle Stimmen der Tabakarbeiterschaft der Sozialdemokratischen Partei.

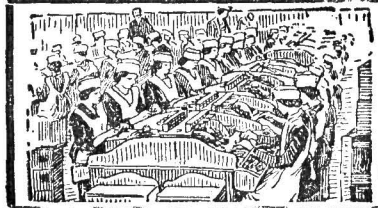
Du mußt es anders machen!

Ein Tabakmesserfleischer in einer Rauchtabakfabrik verunglückte innerhalb eines Jahres dreimal dadurch, daß er keine der vorhandenen Schutzbrillen benutzte und ihm Steinsplitter ins Auge flogen. Nach den Unfallvorschriften der Tabak-Berufsgenossenschaft sind die Unternehmer verpflichtet, zu allen Arbeiten, die leicht Augenverletzungen veranlassen können, Brillen, Masken oder Schirme zur Verfügung zu stellen. Die Versicherten sind gehalten, unter allen Umständen solche Schutzmittel zweckentsprechend zu verwenden. Bei Nichtbeachtung können die Unternehmer von der Berufsgenossenschaft und die Versicherten vom Versicherer durch Schadenersatz bestraft werden. Da der Tabakmesserfleischer selbst durch Schaden nicht klug wurde, beantragte die Tabak-Berufsgenossenschaft seine Bestrafung. Diesem Antrage kam das Versicherungsamt nach und der Versicherte mußte eine Geldstrafe zahlen, die die Allgemeine Ortskrankenkasse erhielt.

So weit der Vorgang, wie er uns von der Tabak-Berufsgenossenschaft mitgeteilt wird. Alle Kolleginnen und Kollegen, die sich vor körperlichen und materiellen Schaden bewahren wollen, sollten hieraus die richtigen Folgerungen ziehen. Einmal gilt es, darauf zu dringen, daß der Unternehmer für die erforderlichen Schutzvorrichtungen sorgt. Sodann kommt es darauf an, daß die Schutzvorrichtungen von den Versicherten auch benutzt werden und zwar richtig und nicht nur vorübergehend. Wer anders handelt, bringt nicht nur sich selbst und andere in Gefahr, sondern gibt der Unternehmerpresse auch die billige Gelegenheit, von dem „Leichtsinn“ der Arbeiter zu schreiben und Einzelfälle zu verallgemeinern.

Der Lebenshaltungsindex steigt weiter

In die allgemeine Diskussion über den Preisabbau bringt der Index für die Lebenshaltungskosten eine schrille Dissonanz. Er ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts im Juli auf 149,3 gegen 147,6 im Juni gestiegen. Im Mai betrug der Index 147,0. Somit ist seit 2 Monaten eine ununterbrochene Steigerung zu beobachten. Hauptsächlich ist die Verteuerung der Lebenshaltung auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Zoll- und Subventionswirtschaft für die Landwirtschaft hat sich also bereits deutlich bemerkbar gemacht. Eigentümlich ist an der ganzen Frage, daß die Regierung und die breite Öffentlichkeit noch immer hofft, Preisenkungsaktionen durchzuführen und im gleichen Atemzuge von Lohnsenkungen gesprochen wird. Wenn innerhalb 2 Monaten die Lebenshaltungskosten sich um 2,3 Punkte oder um 1,5 v. H. verteuern, dann gehört schon ein robustes Gewissen dazu, im gleichen Augenblick Lohnherabsetzungen zu fordern. Jedenfalls trifft die Verteuerung der Lebenshaltung die arbeitende Klasse in einer Zeit, wo sie kaum imstande ist, weitere Verschlechterungen der Lebenshaltung auf sich zu nehmen. Der Lebensstandard verschlechtert sich also zusehends. Es ist notwendig, dies in der Öffentlichkeit laut und deutlich zu betonen.



Zigarrenbranche



Die Entwicklung zum Großbetrieb

In seiner Mannheimer Rede vom 1. Juli dieses Jahres, die durch die damit verbundene Lohnabbaupropaganda einige Be-
rühmtheit erlangt hat, hat sich Herr Bahls auch mit den Entwick-
lungstendenzen innerhalb der Zigarrenbranche beschäftigt. Nach
dem Bericht der „Süddeutschen Tabakzeitung“ gab der Redner
zum Schluß seiner Ausführungen an Hand einer von Herrn
Weggerow mit dem Material der Tabak-Berufsgenossenschaft
angefertigten Aufstellung einen Ueberblick über die Verschiebun-
gen in der Zigarrenindustrie von 1926—1929. Die Zahl der
Firmen sei in dieser Zeit von 3147 auf 2777 zurückgegangen, sie
habe sich also um 370 Firmen vermindert, während sich die Voll-
arbeiterzahl in der gleichen Zeit von 85 000 auf 106 000, also um
21 000 erhöht habe. Die Aufstellung teile die Firmen in 5 Grup-
pen ein, nämlich in Firmen mit weniger als 20 Vollarbeitern, in
Firmen mit 20 bis 100 Vollarbeitern, in Firmen mit 100 bis 200
Vollarbeitern, in Firmen mit 200 bis 1000 Vollarbeitern und in
Firmen mit über 1000 Vollarbeitern.

Zwei besonders markante Tatsachen ergeben sich aus der
Aufstellung: die gewaltige Abnahme der untersten und die ge-
waltige Zunahme der obersten Gruppe. Der ganze Ausfall von
370 Firmen entfalle auf die Gruppe mit weniger als 20 Voll-
arbeitern. Es seien natürlich auch größere Unternehmungen ein-
gegangen, aber diese seien in ihrer Größenklasse durch auf-
strebende Firmen ersetzt worden, so daß ein zahlenmäßiger Aus-
fall in der Statistik nicht erscheint. Ueberdies sei aber bei der
untersten Gruppe auch noch die durchschnittliche Vollarbeiterzahl
des Einzelunternehmens von 8,4 auf 4,2, also um die Hälfte zu-
rückgegangen. Praktisch bedeute das, daß gewerbliche Unter-
nehmungen in dieser Größenklasse im allgemeinen nicht mehr
existenzfähig seien. Einzelne Ausnahmen, in denen solche
Firmen durch die besondere Tüchtigkeit der Inhaber auch heute
noch gedeihen könnten, bestätigten nur diese Regel. Allerdings
gelte der Satz nur für „gewerbliche“ Unternehmungen. Die 2074
Firmen, die heute noch in der untersten Klasse existieren, die aber
im Durchschnitt nur 4 Vollarbeiter beschäftigen, könne man
kaum als gewerbliche Betriebe bezeichnen, denn es handle sich
hier offenbar um Heimarbeiterfamilien, die mit ihren eigenen
Angehörigen arbeiten und auch ihren Absatz im unmittelbaren
Bekanntenskreis finden. Diese Form des Zwergbetriebes sei
sicher auch in Zukunft noch existenzfähig, wie ja vergleichsweise
auch in der Landwirtschaft der kleinbäuerliche Betrieb sich er-
halten kann, wenn er auf der Arbeitskraft der Familie selbst
beruht und nicht auf fremde Hilfskräfte angewiesen ist.

Die oberste Gruppe mit mehr als 1000 Vollarbeitern habe sich
von 6 auf 15 Firmen verstärkt und überdies habe auch die durch-
schnittliche Vollarbeiterzahl des Einzelbetriebes sich von 1136 auf
1589 erhöht. Dieses Ergebnis werde niemand überraschen, denn
wie in der gesamten deutschen Wirtschaft, so habe eben auch im
Zigarrengewerbe die Entwicklung zum Großbetrieb schnelle
Fortschritte gemacht. Wichtig sei aber die Frage, ob diese Aus-
dehnung der Großindustrie der Mittel- und Kleinindustrie un-
mittelbaren Abbruch getan habe. Der Zuwachs der Vollarbeiter-
zahl sei allerdings zum großen Teile dieser Großindustrie zugute
gekommen, die damit auch den Löwenanteil der in den letzten
Jahren eingetretenen Konsumsteigerung bestritten habe. Es sei
indessen fraglich, ob nicht diese Konsumsteigerung durch den
Ausbau der Großbetriebe erst bedingt worden sei. In anderen
Gewerbebezügen lasse sich diese Entwicklung nachweisen und es
sei immerhin wahrscheinlich, daß auch im Zigarrengeschäft hier
ein ursächlicher Zusammenhang bestehe.

Hier komme es aber zunächst auf die Frage an, ob durch die
Entwicklung der Großbetriebe den mittleren und kleinen Be-
trieben ein positiver Abbruch getan worden sei. Wenn man die
kleinsten Betriebe mit weniger als 20 Vollarbeitern außer Be-
tracht lasse, so könne man diese Frage glücklicherweise ver-
neinen. Denn schon die 2. Gruppe mit 20 bis 100 Vollarbeitern
habe nicht nur einen kleinen zahlenmäßigen Zuwachs erfahren,
sondern die durchschnittliche Vollarbeiterzahl jedes Betriebes
habe sich um über 22 Prozent erhöht. Außerdem seien von dieser
Gruppe 28 Firmen in die nächsthöhere Gruppe aufgestiegen. Die

Größenklasse von 100 bis 200 Vollarbeiter habe sich zwar schein-
bar um 7 Firmen vermindert; da jedoch diese Klasse nicht
weniger als 35 Firmen an die nächsthöhere Gruppe abgegeben
habe, so seien die 7 Firmen nicht etwa verschwunden, sondern
sie hätten sogar eine besonders günstige Entwicklung genom-
men. Auch hier sei also kein Rückgang der Firmenzahl zu ver-
zeichnen und die durchschnittliche Vollarbeiterzahl habe eine
Steigerung um mehr als 10 Prozent erfahren. Die Klasse mit
200 bis 1000 Vollarbeitern weise einen zahlenmäßigen Zuwachs
von 26 Firmen und eine Steigerung der durchschnittlichen Voll-
arbeiterzahl um rund 7 Prozent auf.

Die Uebersicht zeigt also, daß abgesehen von den allerklein-
sten Unternehmungen auch die Mittel- und Kleinindustrie in den
letzten 4 Jahren einen zahlenmäßigen Zuwachs der Firmen und
eine ansehnliche Steigerung der durchschnittlichen Vollarbeiter-
zahl des Einzelbetriebes erfahren habe. Diese Tatsache sei von
größer Wichtigkeit, denn es bestehe kein Zweifel, daß gerade
der mittelständische Charakter des Zigarrengewerbes die Ver-
teilung der Produktion auf eine möglichst große Zahl mittlerer
und kleiner Firmen den besten Schutz gegen übertriebene Anfor-
derungen an das Gewerbe und nicht zuletzt gegen das Staats-
monopol bilde.

Soweit die Ausführungen des Herrn Bahls, die trotz der
Schlußbemerkungen über den mittelständischen Charakter des
Zigarrengewerbes deutlich erkennen lassen, daß die Zukunft den
Großfirmen gehört. Das ergibt sich auch aus einer Zusammen-
stellung über die Größe der Firmen nach der Zahl der beschäftig-
ten Arbeiter, die aus der Betriebsstatistik der beiden Tabak-
arbeiterverbände gewonnen wurde. Nach dieser Zusammen-
stellung vollzog sich die Entwicklung in der Zigarrenbranche
vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1929 folgendermaßen. Es waren
vorhanden:

Firmen mit	1926		1927		1928		1929	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1—19 Arbeiter	1650	66,5	1559	64,4	1546	65,1	1458	65,9
20—99 Arbeiter	581	23,4	585	24,2	542	22,8	493	22,3
100—199 Arb.	141	5,7	144	5,9	142	6,—	117	5,3
200—999 Arb.	97	3,9	120	5,—	126	5,3	124	5,6
1000 u. mehr Arb.	11	—,5	13	—,5	19	—,8	19	—,9
Insgesamt	2480	100,—	2421	100,—	2375	100,—	2211	100,—

Auch hier ist zu ersehen, daß der Anteil der Firmen mit 200
und mehr Arbeitern seit 1926 ständig zugenommen hat. Er ist
von 4,4 auf 6,5 v. H. gestiegen, obgleich die Gesamtzahl der Fir-
men von Jahr zu Jahr weniger geworden ist. Noch deutlicher
zeigt sich diese Entwicklung in der folgenden Zusammenstellung,
die über die Zahl der Arbeiter unterrichtet, die die einzelnen
Gruppen insgesamt beschäftigten. Es hatten Arbeiter:

Firmen mit	1926		1927		1928		1929	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
1—19 Arb.	10 053	8,9	9 496	7,2	9 105	6,6	8 758	6,3
20—99 Arb.	25 564	22,5	26 058	19,6	24 350	17,5	22 925	16,6
100—199 A.	19 091	16,8	20 937	15,7	19 497	14,1	16 361	11,8
200—999 A.	40 160	35,4	51 499	38,8	50 706	36,6	52 584	38,1
1000 u. m. A.	18 627	16,4	24 795	18,7	35 028	25,2	37 583	27,2
Insges.	113 495	100,—	132 785	100,—	138 686	100,—	138 211	100,—

Diese Zahlen bedürfen wohl kaum einer Erläuterung; denn
sie lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß nicht nur der An-
teil der Firmen mit 200 und mehr Arbeitern ständig zunimmt,
sondern auch der Anteil der von ihnen beschäftigten Arbeiter,
der von 51,8 v. H. im Jahre 1926 auf 65,3 v. H. im Jahre 1929
gestiegen ist. Rund zwei Drittel aller in der Zigarrenbranche
tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter sind bei Firmen mit 200 und
mehr Arbeitern beschäftigt. Die Entwicklung zum Großbetrieb ist
also unverkennbar. Daraus ergibt sich für die Zigarrenarbeiter-
schaft die Pflicht, mehr noch als bisher für den Deutschen Tabak-
arbeiter-Verband zu werben; denn darüber sollte niemand im
Zweifel sein: einige wenige Großfirmen stellen im wirtschaft-
lichen Kampf eine andere Macht dar als eine Menge von Klein-
und Mittelfirmen.

Die Welt des Zigarrenarbeiters im Rundfunk

Die Nordische Rundfunk N.-G. (Norag) überträgt in der Stunde der Werktätigen am 20. August 17.55 Uhr von Bremen aus ein Zwiegespräch, betitelt: „Aus der Welt des Zigarrenarbeiters“. Geführt wird das Gespräch zwischen unseren Kollegen Ferdinand Dahms und Heinrich Borax.

Da es unseres Wissens das erste Mal ist, daß Angelegenheiten der Tabakarbeiter im Rundfunk behandelt werden, sollten Kolleginnen und Kollegen, die im Besitz eines Radioapparates sind, nicht versäumen, sich dieses Zwiegespräch anzuhören.

Gau- und Zahlstellenberichte

Hamburg. Mitgliederversammlung am 28. Juli bei Ried (Altona). Der vervielfältigte Kassenbericht vom 2. Quartal 1930 wurde eingehend erläutert. Diesem ist zu entnehmen, daß die allgemeine schlechte Wirtschaftslage sich auch deutlich im Kassenbericht widerspiegelt. In seinem Geschäftsbericht ging der Kollege Carstedt auf die Entwicklung, speziell der Zigarrenindustrie von 1925 bis 1930 im Hamburger Wirtschaftsgebiet des näheren ein. Er belegte die Entwicklung mit dem nötigen Zahlenmaterial. Klar ging aus diesem hervor, daß die Beschäftigungsmöglichkeit sich von Jahr zu Jahr verringert. Und immer noch werden Fabriken stillgelegt. Im Rauchtabakgewerbe, sowie in der Zigarettenindustrie ist die durch die am 1. Januar 1930 eingetretene Tabaksteuererhöhung verursachte schlechte Geschäftslage noch lange nicht behoben. Infolge dieser Tabaksteuererhöhung, und der damit verbundenen Technisierung der Betriebe, sind Hunderte zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Aber auch die noch in Arbeit Stehenden haben viel mit Kurzarbeit zu kämpfen. Dabei ist eine Beendigung dieses Entwicklungsprozesses in der Zigarettenindustrie noch gar nicht abzusehen. Der für das Hamburger Wirtschaftsgebiet bestehende Lohnzins für die Zigarettenindustrie wurde nicht gekündigt. Die von Arbeitgeberseite in der Zigarettenherstellung vertretene Ansicht, eventuell über die am 1. Oktober eintretende Lohnzulage von 20 Prozent erneut verhandeln zu müssen, wurde von den Anwesenden scharf mißbilligt. Die von der Brüning-Regierung erlassene Notverordnung, die neben einem bisher nie gekanntem Steuerunrecht einen brutalen Angriff auf die Sozialgesetzgebung vorstieß, wurde in ihrer Auswirkung von dem Kollegen Carstedt eingehend dargelegt. Der Abbau der Unterstützungssätze und die sonstigen Verschlechterungen über Warzeit, Anwartschaft usw. in der Arbeitslosenversicherung zielen darauf hin, die Erwerbslosen den kapitalistischen Gewalthabern gefügiger zu machen, um ihre Lohnabbauabsichten besser zur Durchführung zu bringen. Auch der Angriff auf die der Volksgesundheit dienende Krankheitsversicherung lassen die Absichten des scharfmacherischen Unternehmertums klar erkennen. Die Folgen dieser dem Gesamtwohl der Schaffenden Bevölkerung schädigenden Maßnahmen müssen jeden Arbeitnehmer, insbesondere auch den Tabakarbeiter die Augen öffnen, daß nur innerhalb der Gewerkschaft ihre Interessen auf das beste gewahrt werden.

Schöned. Da bereits im Frühjahr für unseren Gau Dresden ein Gaultreffen, verbunden mit einem Besuch der Internationalen Hygiene-Ausstellung, geplant war, das aber wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage abgefragt werden mußte, ließen wir es uns doch nicht nehmen, die Reise am 19. Juli nach Dresden anzutreten. Bei sehr starkem Regen, der aber schon am frühen Vormittag nachließ, und froher Stimmung brachte uns der Zug über Falkenstein, Wiedau, Chemnitz nach der schönen Elbestadt. Nach einem guten Mittagessen im Volkshaus begrüßte uns unser Gauleiter Kollege Clement und ließ uns in die Quartiere bringen, welche von Kolleginnen und Kollegen bereitwillig zur Verfügung gestellt waren. Abends machten wir einen Rundgang durch das Ausstellungsgelände, am Weißner Porzellanladenspielhaus vorbei, der wunderbar bengalisch beleuchteten 100-Brunnenstraße entlang zum Kaisertheater. Hier mußten wir rein, denn es wurde anläßlich unseres Besuches auf der Hygiene-Ausstellung „Der Spuk in der Mädelmühle bei Schöned“ vorgeführt. Nachdem befaßen wir uns das Kugelhaus, derartige Häuser baut man in Schöned nicht, denn die würden ja den Berg runter kugeln. Am Morgen des 20. Juli wurden verschiedene Ausstellungshallen, vor allem die Abteilung „Der Mensch“, besichtigt. Am Nachmittag führte uns der Weg durch den Zwinger zur Brühlischen Terrasse und zum Dampfer, welcher uns bis Loschwitz brachte. Mit der Schwebebahn zur Loschwitzhöhe, dann zurück über Weißer Hirsch nach Dresden. Am nächsten Morgen brachte uns das Dampfproß bis Rachen. Unter der Führung unseres Gauleiters und der Kollegin Uhlig wurde der Aufstieg über den Amselfall, die Schwedenlöcher nach der Bastei angetreten. Von hier aus wurde Ausblick gehalten, der wohl jedem von uns unvergeßlich bleiben wird. Nach kurzer Rast Abstieg durch den Höllengrund, Ullerswaldergrund, Wehlenergrund nach Wehlen. Hier ließ man sich im schattigen Garten an der Elbe nieder zum Mittagessen. Auch hier herrschte die beste Stimmung. 14.35 Uhr wurden wir aufs Schiff verladen und nach Dresden zurückbefördert, um von hier aus wieder in unser Vogtlandstädtchen zu gelangen, und um am nächsten Morgen wieder in das Alltagsleben zu treten. Die paar Tage, die wir mit unserer Dresdner Kollegenenschaft verlebten, werden für uns in gute Erinnerung bleiben, und hoffen wir, daß wir mit ihnen auch einmal unsere vogtländische Schweiz besuchen können. Nochmals unseren herzlichsten Dank für die uns zuteil gewordene freundliche Aufnahme, und vor allem Dank unserm Gauleiter Kollegen Clement, der sich aufopfernd uns zur Verfügung stellte.

Bekanntmachungen

Am 16. August ist der 33. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

28. Juli. Löhne 47.—
2. August. Ansbach 100.—, Jastrow 150.—, Torgau 27.65, Elbing 1500.—, Nordhausen 1000.—
3. Bünde 700.—
4. Dresden 1000.—, Gishorn 32.95, Rostock 150.—, Altmorchen 33.25, Gertenbach 144.25, Uslar 43.55, Hundelshausen 7.35, Roßbach 8.50, Helbra 28.25, Regensburg 500.—, Ulm 60.—
5. Nordhausen 1000.—, Brotterode 200.—, Treffurt 140.—, Sontra 65.—, Rendsburg 200.—, Schönberg 200.—, Wanssen 200.—
6. Enger 150.—, Hohenheim 500.—, Heidenheim 300.—
7. Bremen 500.—, Hamburg 5000.—
8. Dresden 300.—, Hamburg 400.—

Bremen, den 11. August 1930.

J. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts

wurde in Schmölln die Zigarrenarbeiterin Alma Heinke, geboren am 26. Dezember 1887, eingetreten am 12. April 1908, S. IV. 11 767.

Gestorben sind:

- Am 1. Juli der Zigarrenarbeiter Sebastian Merklein, 64 Jahre alt (Zahlstelle Leipzig).
- Am 7. Juli die Zigarrenarbeiterin Klara Springefeld, 52 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).
- Am 8. Juli die Zigarrenarbeiterin Hedwig Kratsch, 22 Jahre alt (Zahlstelle Pölzig).
- Am 13. Juli der Zigarrenarbeiter Hermann Hennig, 71 Jahre alt (Zahlstelle Neumarkt).
- Am 19. Juli die Rippenbekleberin Marie Lampe, 40 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 21. Juli der Wertmeister Heinrich Bodart, 53 Jahre alt (Zahlstelle Köln).
- Am 1. August der Zigarrenfortierer Max Bretschneider, 61 Jahre alt (Zahlstelle Bernburg).
- Am 3. August die Jurikerin Anna Reger, 78 Jahre alt (Zahlstelle Altenburg).
- Am 4. August der Zigarrenarbeiter Hermann Weich, 53 Jahre alt (Zahlstelle Klein-Krohenburg).

Ehre ihrem Andenken!

Unserer Kollegin

Marie Haubig

zu ihrem 25jährigen Verbands-jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle
Bischofswerda (Sachsen)

Verpätet!

Unserm zweiten Bevollmächtigten, dem Kollegen Wilhelm Schellhase nebst seiner Frau zu ihrer am 5. August stattgefundenen Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen
der Zahlstelle Waldkappel

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Gummiwaren

Hygien Artikel. Preis.
T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alte
Jacobstraße 8



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiße 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlossene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M.

Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

So behandelt das Kabinett Brüning die Frauen

Von Louise Schroeder

Seitdem die sozialdemokratischen Volksbeauftragten im November 1918 den Frauen die politische Gleichberechtigung gaben und die Verfassung von Weimar sie bestätigte, hat es in der deutschen Republik keine Regierung gegeben, die so offensichtlich gegen die Frauen gerichtete Gesetze herauszubringen wagte wie die Regierung Brüning in ihrer kurzen, aber um so glorreicheren Lebensdauer. Die Frauen haben immer gewußt, daß der Kampf um ihre tatsächliche Gleichberechtigung, besonders im wirtschaftlichen Leben, noch lange nicht ausgekämpft ist; sie haben immer wieder die Erfahrung machen müssen, wie sowohl in der Frage der Ausbildung des weiblichen Geschlechts wie in der Frage der gleichen Entlohnung für Mann und Frau und des Aufstiegs weiblicher Erwerbstätiger in ihrem Beruf ihnen Schwierigkeiten in den Weg gewälzt wurden. Und so mußten sie sich vorläufig damit abfinden, im wirtschaftlichen Leben der schwächere Teil zu sein. Um so unfaßbarer aber ist es, wenn die Regierung Brüning die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise ausnützt, um ausgerechnet diese Frauen besonders zu belasten.

Als Beispiel dafür seien nur einige Bestimmungen aus der nunmehr auf Grund des Artikels 48 erlassenen Verordnung zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung sowie die Verordnung über die Ledigensteuer angeführt.

Nehmen wir zunächst die Herabsetzung der Unterstützung auf die bisherigen Unterstützungssätze für Saisonarbeiter für alle diejenigen Arbeitslosen, die während der letzten 18 Monate nicht 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung tätig waren. Wer den heutigen Arbeitsmarkt kennt, weiß, daß diese Bestimmungen in erster Linie die älteren und die ungelerneten Arbeitnehmer trifft, für die es außerordentlich schwer ist, eine feste Beschäftigung zu erhalten. Zu ihnen aber gehören wiederum besonders die Frauen. Doch wenn sie hier nur mitbetroffen werden, so enthält die Novelle zur Arbeitslosenversicherung Bestimmungen, die — wie es der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums offen im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags zugab — ganz offensichtlich gegen die Frauenarbeit und insbesondere die Mitarbeit verheirateter Frauen gerichtet sind. Dabei scheinen sich die Männer des Zentrums — sowohl der Reichskanzler Brüning wie der Reichsarbeitsminister Stegerwald — wenig den Kopf darüber zu zerbrechen, daß weitaus der größte Teil der mitarbeitenden Ehefrauen einfach durch die sozialen Verhältnisse zu diesem Miterwerb gezwungen ist; sei es, daß Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit des Mannes vorliegt, sei es, daß die Frau durch ihren Verdienst erst in die Lage versetzt wird, hilfsbedürftige Angehörige zu unterstützen, sei es, daß die karge Rente des Kriegs- oder Sozialrentners

nicht zum Lebensunterhalt ausreicht, sei es, daß durch den Witverdienst der Frau ausreichende Ernährung oder Erziehung der Kinder sichergestellt werden soll oder daß andere Gründe vorliegen. Wie werden nun diese Frauen betroffen? Zunächst einmal dadurch, daß sie aus der Versicherung ausgeschlossen werden, wenn sie nicht die volle 48-Stunden-Arbeitswoche nachweisen können. Bisher fielen sie aus der Versicherung heraus, wenn eine Arbeitszeit von weniger als 24 Stunden vorlag; jetzt ist das schon der Fall bei einer wöchentlichen Arbeitszeit, die nicht mehr als 30 Stunden ausmacht, oder für die ein Lohn von nicht mehr als wöchentlich 10 oder monatlich 45 M vereinbart ist! Damit ist der größte Teil der mitverdienenden Ehefrauen trotz jahrelanger Arbeit und Beitragszahlung mit einem Federstrich aus der Versicherung und damit aus der Existenzsicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit einfach hinausbugliert worden! Das gleiche Los aber trifft auch eine große Anzahl von Krieger- und sonstigen Witwen, die zu ihren kargen Renten sich das Nötige zum Lebensunterhalt hinzuverdienen wollten; es trifft daneben alle diejenigen oft langfristigen Arbeitslosen, die eine Aushilfs- oder sonstige Arbeit verrichten, die nicht den vollen Arbeitstag in Anspruch nimmt!

Aber das ist nur der Anfang! Auch diejenigen Ehefrauen, die voll erwerbstätig sind, also täglich acht Stunden oder gar mehr arbeiten, werden durch das Gesetz getroffen; denn sie erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit nur in den aller seltensten Fällen den vollen Unterstützungssatz. Sind beide Teile Unterstützungssatzbezieher, so erhält derjenige, der den geringeren Unterstützungssatz hat, nur die Hälfte der Unterstützung, es sei denn, daß beide Teile in den niedrigsten Lohnklassen bis zur Klasse VI versichert sind. Diese letzte Ausnahme ist auch nur hineingekommen durch die Kennzeichnung der unsozialen Maßnahmen seitens der sozialdemokratischen Mitglieder im Reichstagsausschuß. Doch auch so wirkt sich diese Bestimmung noch schlimmer genug aus; da die Unterstützung der Klasse VII wöchentlich nur 14,65 M beträgt und für die zu kürzende Unterstützung ja überhaupt keine Mindestgrenze vorgesehen ist, also die Reduzierung auf die Hälfte auch bei dem niedrigsten Satz eintritt! Ist aber nur ein Teil arbeitslos und wird nicht mehr als für einen Angehörigen Familienzuschlag gewährt, so wird auf die Unterstützung das Einkommen des Ehegatten angerechnet, soweit es 35 M wöchentlich übersteigt. Es kann dadurch unter Umständen die volle Unterstützung gestrichen werden, obgleich vielleicht gerade die Mitarbeiter der Frau aus den genannten Gründen: Unterstützung hilfsbedürftiger Verwandter oder Schulbildung des Kindes usw., geschieht!

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Ruehländ

V

(Nachdruck verboten.)

Rudolf Wallner gedachte Lore heute eine Ueberraschung zu bereiten und eine Automobilsfahrt mit ihr zu unternehmen. Nachdem er eigenhändig sein Fahrzeug instand gesetzt, ließ er sich mit einem ihm bekannten Hotelier in der fünf Wegstunden entfernt liegenden Kreisstadt telephonisch verbinden, um in dessen Hause ein gemütliches Zimmer zu bestellen, wo er mit seiner Dame souperieren konnte. Der freundliche Wirt versprach sein Bestes zu leisten, mit dem reichen Wallner mußte man es halten. Das Geschäft brachte stets etwas ein.

Lore wartete bereits auf ihn. Wo er nur blieb, er war doch sonst so pünktlich. Da sauste ein Automobil heran und hielt dicht vor ihr, sie erkannte Rudolf und auf seinen Wink trat sie näher. „Nun, Lore, ist es dir nicht recht? Wir haben Vollmond, es fährt sich durchaus sicher?“

„Gerade heute habe ich mir ein größeres Pensum gesteckt,“ erwiderte sie kleinlaut. „Ich bin so arg zurückgeblieben, in einem Monat stehe ich vor der Entscheidung — manchmal ist mir wirklich bang.“

„So schnell gab er seine Sache nicht auf.“ „So nimm dir heute noch einmal die Zeit, Lorchchen. Vielleicht habe ich in den nächsten

Tagen so wenig Zeit wie du. Ich muß mich mehr meiner Wirtschaft widmen, da draußen sieht's böse aus.“ beredete er sie.

Noch zögerte sie, als sie aber auf seinem Gesicht eine leise Verstimmung las, tat er ihr leid, betrüben mochte sie ihn nicht und so gab sie seinem Drängen nach.

Es war übrigens gar nicht so schön, wie sie sich das Vergnügen einer Automobilsfahrt gedacht hatte. Die Luft schnitt ihr scharf ins Gesicht, denn das Gefährt sauste mit Windeseile dahin und die schnelle Fahrt machte eine Unterhaltung, auf die sie sich doch immer am meisten freute, zur Unmöglichkeit. Die Meilensteine schwanden gleich weißen Schatten dahin, sie waren bereits durch mehrere Dörfer gekommen, währendes Hundegebell erscholl jedesmal hinter ihnen her, sobald ein Ort passiert wurde. Dann ging es weiter in tiefem Schweigen, das nur durch den Gang des Motors in regelmäßigen Intervallen unterbrochen wurde.

Das Gelände war hügelig. Jetzt tauchten ganz in der Ferne zwei spitze Türme auf, wie drohend erhobene Zeigefinger schienen sie gegenständig aus der Erde zu wachsen, bald wurden sie kleiner, verschwanden endlich ganz, um dann plötzlich riesengroß vor den Augen der Fahrenden aufzustreben — wie Lore bemerkte, näherten sie sich einer Stadt und die beiden Türme gehörten zu einer Kirche, deren eigenartiger Bau das Wahrzeichen der Stadt bildete.

Vor einem Hotel, das inmitten derselben, direkt am Markt lag, hielt Rudolf an. Das Fahrzeug wurde durch den künftigen

Das sind in kurzem die gegen die mitverdienende Ehefrau gerichteten Stöße! Doch damit nicht genug! Wird hier die Frau bestraft, weil sie verheiratet ist, so trifft man sie an anderer Stelle, weil sie unverheiratet ist. Das geschieht sowohl in der Arbeitslosenversicherung wie durch die Ledigensteuer. Und das, obwohl man weiß, daß infolge des durch das Kriegsterben der Männer verursachten Frauenüberschusses im Jahre 1925 acht- einhalb Millionen alleinstehender Frauen im Alter von über 20 Jahren gezählt wurden, die größtenteils bis an ihr Lebensende ihren Lebensunterhalt allein verdienen müssen, was einmal daraus hervorgeht, daß von den 11,5 Millionen erwerbstätiger Frauen 6,8 Millionen ledig und über eine Million verwitwet oder geschieden sind, und zum zweiten daraus, daß prozentual im Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung die Erwerbstätigkeit der Frauen gerade im reiferen Alter besonders stark zugenommen hat!

Abgesehen davon, daß der Junge und das Mädel Unterstützung überhaupt erst nach Vollendung des 17. Lebensjahres erhalten sollen, wird die Wartezeit für alle Arbeitslosen ohne Zuschlagsberechtigte Angehörige, also alle Ledigen, Witwen, Geschiedenen, auf 14 Tage verlängert, ohne Rücksicht auf die übrigen sozialen Verhältnisse. Wer kann bestreiten, daß das gerade die alleinstehenden Frauen besonders schwer trifft, daß sie es am schwersten trifft im höheren Lebensalter, wo es für sie schon schwierig ist, überhaupt noch die als Voraussetzung für die Unterstützung festgelegte 26-Wochen-Arbeit nachzuweisen, wo sie aber nie wissen, wie schnell für sie die Arbeitsmöglichkeit vorüber sein kann.

Die gleiche Härte aber ist in der Ledigensteuer enthalten. Wenn es auch durch die scharfe sozialdemokratische Kritik im Steuerauschuß des Reichstags gelungen ist, Regierung und Regierungsparteien wenigstens davon zu überzeugen, daß es ganz unmöglich ist, alleinstehende, für alle Eltern voll sorgende Personen unter diese Ledigensteuer fallen zu lassen, so bringt sie doch auch so noch genug Härten mit sich. Einmal durch den Wegfall des unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Silberding eingeführten Abschlags von 25 Prozent der Steuer bis zum Höchstbetrage von 3 M monatlich, der vor allem die schlecht entlohnte Arbeitnehmerin schwer trifft, und zum zweiten durch den zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer, der bereits bei einem monatlichen Einkommen von über 220 M beginnt. Diese Ledigensteuer, der man am liebsten das Mäntelchen der Bevölkerungspolitik umhängen möchte, ist eine der ungerechtesten Steuern überhaupt. Während sie das vermögende kinderlose Ehepaar freiläßt, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens, trifft sie den kinderlosen Alleinstehenden bereits bei einem ganz geringen Einkommen. Sie trifft aber vor allem entweder die alleinstehende Frau, die den Kampf mit dem Dasein schon als eine besondere Härte empfindet, weil ihr das Schicksal und der starke Frauenüberschuß den Lebensgefährten vorenthalten hat, oder sie trifft die geschiedene oder verwitwete Frau, die unter Umständen bei sehr viel günstigeren materiellen Verhältnissen von der Sonderbelastung freigebblieben wäre, wenn sie nicht das Unglück gehabt hätte, den Mann zu verlieren und dadurch in die Zwangslage der mühseligen Sorge für ihr Dasein

gekommen zu sein! Sie trifft aber auch alle jene Alleinstehenden, die zahlreich gerade unter den Frauen sind, die für minder bemittelte Angehörige, seien es Geschwister, Geschwisterkinder oder andere, mitforsorgen, ohne daß sie dazu rechtlich verpflichtet sind oder ohne daß sie, wie es die Vorlage verlangt, nachweisen können, daß sie dafür 10 Prozent ihres Einkommens aufwenden. So bedeutet diese Steuer neben der materiellen Ungerechtigkeit eine derartige Verkennerung der Schwere des Schicksals gerade der alleinstehenden, mutig im Kampfe ums Dasein stehenden Frau, daß sie notwendigerweise eine große Verbitte- rung hervorrufen muß.

Wie ist nun diese Sondergesetzgebung gegen die Frauen überhaupt möglich gewesen? Allerdings, sie war ja nicht möglich, und deshalb hat die Regierung Brüning sie ohne das Parlament auf dem Verordnungswege erlassen. Und in der Regierung befinden sich nur Männer, die diesen Fragen wenig Interesse entgegenbringen. Aber auch bei der Beratung der Vorlagen in den Ausschüssen hat sich keine der bürgerlichen weiblichen Abgeordneten dagegen gewandt. Im Steuerauschuß befand sich bei der Beratung der Ledigensteuer keine weibliche Abgeordnete weder der bürgerlichen noch der kommunistischen Fraktion; einzig die sozialdemokratische Fraktion hielt es für nötig, durch eins ihrer weiblichen Mitglieder die Sonderinteressen der Frauen vertreten zu lassen. Und im sozialpolitischen Auschuß? Auch hier keine bürgerliche Stimme gegen die die Frauen schädigenden Bestimmungen! Daraus ist vielleicht den weiblichen Abgeordneten kein Vorwurf zu machen; sie befinden sich in ihren Fraktionen in hoffnungsloser Minderheit, sehen doch in allen Regierungsparteien zusammen nur neun weibliche Abgeordnete, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion allein über zwanzig weibliche Mitglieder verfügte. Und daß die männlichen bürgerlichen Abgeordneten nur gezwungen die Gleichberechtigung der Frauen mitgemacht haben, dafür wären Beispiele genug anzuführen.

Daraus mögen die Frauen für die bevorstehende Wahl lernen! Was wir jetzt erlebt haben, ist nur ein Anfang. Sorgen wir dafür, daß es kein späterer Reichstag und keine spätere Regierung wagen kann, auf dem Wege zur Schlechterstellung der Frau im Staats- und Wirtschaftsleben fortzuschreiten.

Die Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose in Sowjet-Rußland

RUßLAND besaß vor dem Kriege überhaupt keine Organismen, die der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung dienten. Erst 1917 begann man damit, in allen Orten mit mehr als 50 000 Einwohnern Arbeitsämter zu errichten, deren Aufgaben und Aufbau jedoch durch die Revolution völlig umgeändert wurden. Der Arbeitermangel zwang die Sowjetregierung später dazu, den freien Arbeitsvertrag aufzuheben und sich durch Aushebung die nötigen Arbeiter zu beschaffen. Eine Zeitlang dachte man sogar daran, die Arbeiter zu mobilisieren und sie sozusagen in Staatseigentum umzuwandeln. Sie sollten von einer Stelle

Hausdiener versorgt, während Rudolf und Lore vor dem devoten Wirt nach einem Zimmer der ersten Etage geleitet wurden, wo sich ihnen in Kürze ein allerliebstes „Tischlein deck dich“ präsentierte.

Die lange Fahrt war auf ihren Appetit nicht ohne Einfluß geblieben. Rudolf war galant und aufmerksam und legte ihr die besten Bissen vor: „Iß tüchtig, Rind, du kannst doch unmöglich schon gesättigt sein,“ sagte er aufmunternd, als sie Messer und Gabel zur Seite legte.

„O doch,“ sagte sie. „Die Arbeit hast du ja ganz allein.“ Wie ein Kätzchen schmiegte sie sich in die weichen Polster des bequemen Sofas, es war doch herrlich, so verwöhnt zu werden und so ganz der Mittelpunkt des Interesses zu sein. Wöglich sah sie nach der Uhr. „Rudolf, weißt du denn, wie spät es ist,“ rief sie heftig erschrocken.

„Laß doch, Rind, dem Glücklichen schlägt keine Stunde. Jetzt trinken wir erst noch einmal auf unsere Zukunft“ — — dann entkorkte er die Flasche mit dem Silberhals, die bisher im Eiskübel gelagert und schenkte den perlenden Wein in zwei feingeschliffene flache Gläser ein, daß die prickelnden Schaumperlen emporstiegen, um sich an der Oberfläche in Nichts aufzulösen.

„Was mir lieben, süße Lore“, flüsterte er und neigte sich mit heißem Gesicht zu ihr hinüber, um mit ihr anzustoßen. In tollem Glücksvorgang vergaß sie ihre bisher bewahrte Zurückhaltung und erwiderte leidenschaftlich: „Dich liebe ich — dich!“ — Dennoch

wehrte sie seiner allzu kühnen Umarmung, sein Begehren erschreckte sie. Zugleich fühlte sie, wie von ihm ein elektrischer Strom auszugehen schien, der ihr ganzes Selbst durchzitterte, gegen den sie vergeblich ankämpfte.

Das Ungewohnte der Situation, der lange Aufenthalt in der frischen Nachtluft, das reiche Mahl und der genossene Wein, das alles einte sich zu einer weichen, wohligen Müdigkeit, Lore hörte seine Worte, die immer heißer, dringlicher wurden, wie aus weiter Ferne, unfähig, sich aufzuraffen. —

Mit einem müden, tauben Gefühl erwachte Lore am anderen Morgen in ihrem Heim. Sie sann darüber nach, wie sie hierher gekommen war, es lastete auf ihr wie der Nachhall eines bösen Traumes. — Eben trat Minna, das Dienstmädchen Frau Doktor Strubes ein, um ihr den Kaffee zu bringen.

„Guten Morgen, Fräulein — geht es Ihnen denn wieder besser?“

„Wie meinen Sie das, Minna, war ich krank?“ lautete ihre Gegenfrage.

„Freilich — heute nacht! Fräulein machten ganz furchtbar große starre Augen, nicht mal Dankeschön haben Sie zu dem hübschen Herrn gesagt, der Sie gebracht hat“, bestätigte frohgelant die dralle Hausfee.

„Hat mich ein Herr gebracht? Ich weiß ja davon gar nichts?“

„Freilich — ein schöner, feiner Herr. Sie wären wahrscheinlich krank, hat er gesagt und ist schnell wieder gegangen, dankt

aus über das ganze Land planmäßig verteilt werden. Die neue Wirtschaftspolitik hat dann die Pflichtarbeit abgeschafft und die Vorschriften über die Arbeitsvermittlung etwas gelockert. Die Gesetzgebung über die Regelung des Arbeitsmarktes ist in Rußland nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten vor sich gegangen. Sie wird sehr eingehend in einem Aufsatz in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ (Augustheft) dargestellt. Aus der Tätigkeit der Arbeitsämter sei jedoch hervorgehoben, daß sie im Jahre 1927/28 5 300 000 Personen vermittelten. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft sollten die Arbeitsämter dazu dienen, den Arbeitsmarkt systematisch zu regeln und den Arbeiterüberschuß auf die verschiedenen Gebiete verteilen. Es bestanden am 1. Januar 1929 342 Arbeitsämter, von denen 281 regelmäßig an das Kommissariat für Arbeit berichteten.

Es ist ständig in der Arbeitsmarktpolitik der Sowjetunion um die Frage gekämpft worden, wer berechtigt ist, sich auf dem Arbeitsamt eintragen zu lassen. Zu verschiedenen Zeiten hat man einfach bestimmte Gruppen von Arbeitsuchenden aus verschiedenen Gründen aus den Listen der Arbeitsämter gestrichen. Schon 1924 machte das Arbeitsamt in Leningrad hiermit den Anfang. 116 986 Personen einschließlich 34 407 Gewerkschaftsmitgliedern wurden gestrichen. Das Moskauer Arbeitsamt schloß 70 000 Arbeitslose, etwa die Hälfte aller Eingetragenen, aus, und den Hauptstädten folgten die Arbeitsämter im ganzen Land, so daß damals rund 60 v. H. der Arbeitsuchenden aus den Listen der Arbeitsämter gestrichen wurden. Die Zahl der Arbeitsuchenden schwoll jedoch auf den Arbeitsämtern immer wieder an, so daß erneut einschränkende Bestimmungen über die Zulassung zur Eintragung erlassen werden mußten. Der „Trud“ schrieb sogar angesichts dieser Methoden, „daß man Maßnahmen gegen die Arbeitslosen und nicht gegen die Arbeitslosigkeit ergreife“. Die Verordnung vom 13. Juli 1929 enthält wieder sehr scharfe Bestimmungen über die Zulassung zu den Arbeitsämtern und macht die Arbeitsvermittlung zum großen Teil auch davon abhängig, daß die betreffenden Arbeitsuchenden ihre Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben.

Den Arbeitsämtern war ebenfalls übertragen worden, die Arbeitslosen auf ihre Arbeitseignung zu prüfen und eine Berufsausbildung durchzuführen. Im Laufe von drei Jahren (1925 bis 1928) sind etwa 87 530 Arbeitslose für gelernte Berufe ausgebildet worden. Die Umschulung hat jedoch nicht immer den gewünschten Erfolg gehabt, da die Ausbildungskurse die Arbeitsmarktlage nicht genügend berücksichtigen.

Die Forderung, daß die für Sozialversicherungsleistungen aufgewandten Mittel lieber für die Umschulung der Arbeiter oder zur Förderung der Arbeiterkollektive verwendet werden sollen, wird immer lauter erhoben. Der Achte Gewerkschaftskongress hat sich ebenfalls für die planmäßige Gründung dieser Kollektive ausgesprochen.

Den Arbeitsämtern ist die Organisation und Finanzierung der Kollektive übertragen. Man unterscheidet drei Arten: a) Arbeiterkollektive, d. h. Vereinigungen der Dockler, Straßenfeger, Friseur, Barbier, Stenotypisten, Angestellten in Restaurants und Cafés; b) Produktivkollektive: Vereinigungen

von Arbeitslosen, die Reparaturwerkstätten, Kleinbetriebe usw. gemietet oder gekauft haben; c) Handelskollektive: Buchläden, Kleinhandelsläden, Vereinigungen von Straßenhändlern, Hausierern usw. Die Kollektive müssen sich zu Verbänden zusammenschließen, welche die Rechte und Pflichten juristischer Personen haben. Die Ueberwachung der Finanzen der Kollektive erfolgt durch den Verwaltungsausschuß des Verbandes der Kollektive der Arbeitslosen, die bis zur Höhe ihres gesamten beweglichen und unbeweglichen Besitzes für die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen haften. Werden dagegen Gewinne von den Kollektiven gemacht, so haben die Arbeitslosen auf diese keinen Anspruch. Am 1. Oktober 1929 zählte man 1967 Kollektive, in denen 138 000 Personen beschäftigt wurden; mit anderen Worten also, 11 v. H. der Arbeitslosen fanden in diesen Kollektiven Arbeit. Der durchschnittliche Tagelohn in allen Kollektiven betrug 1928/29 2,3 Rubel und der durchschnittliche Monatslohn 66 Rubel.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist es Aufgabe der Arbeitsämter, dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosen in den Kollektiven zu bestimmten Zeiten regelmäßig durch andere ersetzt werden. Nur die leitenden Angestellten und die qualifizierten Arbeiter bilden die ständige Belegschaft. Aber der Grundsatz, daß die Arbeiter abwechselnd beschäftigt werden sollen, wird nur selten durchgeführt. Oft schicken die Arbeitsämter dieselben Arbeiter in das Kollektiv zurück.

Die Arbeitsbedingungen sind keinesfalls zufriedenstellend. Die produktiven Kollektive sind kleine handwerkliche Betriebe ohne Maschinen und vom hygienischen Standpunkt aus keineswegs einwandfrei. Die Löhne sind niedriger, als die in ähnlichen Industriebetrieben gezahlten. Der in einem Kollektiv beschäftigte Arbeiter ist praktisch schutzlos. „Sie haben keine Möglichkeiten zur Beilegung von Streitigkeiten wie die anderen Arbeiter, sie haben keinen Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes bei einer Unterbrechung der Arbeit, sie erhalten keinen bezahlten Urlaub, keine Entlassungsschädigung, keine Arbeitskleider usw.“ „Die Kollektive sind gewöhnliche Betriebe geworden, in denen die Arbeitsverhältnisse noch ungünstiger sind, als anderswo, die Produktionskosten höher sind und die Qualität der Erzeugnisse geringer ist.“

Wenn sich ein Kollektiv selbst tragen kann, soll es in die Staatsindustrie übernommen werden. Dies ist jedoch selten der Fall, da die Staatsindustrie nur die kräftigsten und bedeutendsten Kollektive übernehmen will. Ferner ist die Entwicklung dieser Arbeiterkollektive stark durch den Mangel an Rohmaterial behindert. Gegenwärtig kann nur 50 bis 60 v. H. ihres Bedarfes befriedigt werden, wodurch ihr Zweck, Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, natürlich stark beeinträchtigt wird.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdet für den Verband!

habe ich gleich Frau Doktor geweckt und wir haben Sie miteinander ins Bett gebracht“, schloß Minna ihren Bericht.

Kopfschüttelnd ging Lore nach dem Fenster und öffnete beide Flügel weit, die kühle Luft tat ihren brennenden Schläfen wohl. — Als sie am Spiegel vorüberschritt, bemerkte sie, wie ihre sonst blühende Gesichtsfarbe einer krankhaften Blässe gewichen war, dunkelblaue Ringe warfen tiefe Schatten um die Augen, die Glieder waren ihr bleischwer und müde sank sie auf das Bett zurück, ohne den Kaffee zu berühren.

Ein Klopfen an der Tür schreckte sie aus ihrer dumpfen Trägheit, auf ihr Herein trat Frau Doktor Strube schelmisch lächelnd ins Zimmer. „Nun, Fräulein Linden, wie geht es? Haben Sie den Kater verschlafen?“

„Aber, Frau Doktor, ich bitte, von einem Kater kann gar keine Rede sein!“ verteidigte sich die Tieferrötende.

„Nun, das ist nichts Unrechtes und kann jedem passieren“, begütigte Frau Doktor Strube. Ihr war seit längerem aufgefallen, daß ihre Pensionärin die täglichen Spaziergänge mehr und mehr ausdehnte, anscheinend hatte sie etwas für ihr Herz gefunden. Sie kümmerte sich grundsätzlich nicht um die internen Angelegenheiten ihrer Mieter und Mieterinnen, solange diese ihr Haus respektierten und pünktlich zahlten. — Zum Arbeiten fühlte sich Lore heute unfähig, obgleich sie sich alle Mühe gab, aber einen vernünftigen Gedanken vermochte sie nicht zu fassen. Am Abend ging sie zur gewohnten Stunde aus, um Rudolf zu treffen. Sie erinnerte sich zwar nicht, etwas mit ihm verabredet

zu haben, aber es war ja selbstverständlich, seit Monaten trafen sie sich allabendlich, warum sollte es heute anders sein als sonst?

Lange stand sie und spähte die Straße hinab, von welcher Richtung er meist zu kommen pflegte — vergebens. So mochte eine Stunde vergangen sein. Eine heiße Angst kroch über sie und raubte ihr alles klare Denken. Warum kam er nicht? Hatte sie ihn verlerzt? Vielleicht war er krank? — Wenn sie nur jemand gehabt hätte, den sie zu ihm schicken konnte. —

Müde und langsam schlich sie nach Hause — Traurigkeit im Herzen. Nun wartete sie auf ein Lebenszeichen von ihm, nichts, kein Brief, kein Bote kam, ihr Kunde zu bringen. Ein Tag verging wie der andere, am Morgen stand sie mit banger Zuversicht auf, um sich am Abend enttäuscht und um eine Hoffnung ärmer in den Schlaf zu weinen. Zuletzt hoffte sie nicht mehr und das graue Alltagsgefühl machte sich mit allen Rechten und Forderungen geltend.

Mit wahren Uebereifer nahm sie den Faden ihres Studiums auf, in vier Wochen sollte sie durch ihr Können beweisen, daß sie den Anforderungen ihres Berufes gemachsen war. Raun, daß sie sich die notwendigen Pausen zu den Mahlzeiten von ihrer Zeit abrang, an eine Erholung dachte sie überhaupt nicht.

Frau Doktor Strube forderte sie jetzt öfter, auf, mit ihr Spaziergänge zu machen.

„Wenn ich fertig bin, Frau Doktor — ich habe schon zuviel Zeit zum Spaziergehen vergeudet“, lautete ihre Entgegnung

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden innerhalb des Berichtsjahres und ihren Mitgliederbestand im Durchschnitt des Jahres, die wir in Ergänzung des Artikels „Der U.D.G.B. im Jahre 1929“ in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ bringen.

Verbände	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres		im Jahresdurchschnitt	
	1929	1928	1929	
	insgesamt	insgesamt	insgesamt	dav. weibl.
Baugewerksbund	489 885	458 048	478 550	471
Bekleidungsarbeiter	76 778	79 797	78 597	37 776
Bergbauindustriearbeiter ..	198 024	198 358	197 513	271
Buchbinder	58 574	57 166	57 922	39 379
Buchdrucker	88 573	83 908	86 681	—
Dachdecker	11 446	11 097	11 350	—
Eisenbahner	250 683	243 611	248 552	1 566
Fabrikarbeiter	469 532	477 335	474 459	95 167
Feuerwehrmänner	7 482	7 424	7 559	—
Filmgewerkschaft	— ¹	— ¹	—	—
Frisiergehilfen	4 452	4 242	4 313	558
Gärtner	11 379	10 657	10 997	1 537
Gemeinde- u. Staatsarb. ..	281 837	257 933	270 008	41 718
Graphische Hilfsarbeiter ..	41 007	41 111	41 186	26 240
Holzarbeiter	315 155	313 544	315 621	21 170
Hotel-, Restaurations- und Café-Angestellte	31 492	29 618	30 823	8 169
Hutarbeiter	16 932	18 165	17 617	11 078
Kupferschmiede	7 268	7 185	7 280	—
Landarbeiter	179 626	178 098	167 444	15 696
Lederarbeiter	35 756	37 540	36 622	7 665
Lithographen	24 828	22 152	24 656	34
Maler	60 377	56 813	59 171	236
Maschinisten	52 816	51 777	51 348	26
Melker	12 487	12 105	12 272	156
Metallarbeiter	965 443	944 310	953 891	70 584
Musiker	22 327	23 509	22 793	543
Nahrungsmittel- und Ge- tränkearbeiter ²	179 067	168 575	173 874	35 243
Sattler, Tapezierer und Portefeuller	31 411	31 406	31 448	5 443
Schornsteinfeger	3 073	2 952	3 026	—
Schuhmacher	72 201	77 233	74 293	32 981
Steinarbeiter	67 982	68 970	70 357	485
Tabakarbeiter	74 241	78 282	76 181	59 124
Textilarbeiter	297 061	310 941	303 269	174 776
Verkehrsbund	399 533	390 360	394 561	34 800
Zimmerer	109 539	110 676	111 994	—
Zusammen	4 948 267	4 866 898	4 906 228	722 892
1928	—	—	4 653 586	712 430

¹ Verband hat nicht berichtet. ² Berichtigte Zahl.

Die Arbeitsleistung der Frauen und ihre Bezahlung

Die belgische Vereinigung für den sozialen Fortschritt hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die wichtigsten Gründe untersucht worden sind, die für den Unterschied in der Bezahlung der Männer- und Frauenarbeit geltend gemacht werden. In der Schlussfolgerung des Berichts wird gesagt, daß da, wo die Arbeit offensichtlich gleichartig ist, d. h. bei gleicher Erzeugung und gleicher beruflicher Geschicklichkeit, auch die Löhne gleich sind (Weberei, T a b a k Industrie). Auch in den freien Berufen, wo die Berufsvorbereitung die gleichen Studien und die gleichen Prüfungen mit sich bringt (Unterrichtswesen, Verwaltung usw.), sind die Gehälter der Frauen bei gleicher Arbeit denen der Männer gleich. Ein Unterschied entsteht bei Arbeiten, wo die Frauen zwar bei der gleichen Arbeit beschäftigt werden, aber nicht die gleichen Stücke machen wie die Männer (Tapencen). Ferner ist der Lohn verschieden, wenn die Frauen bei gleicher Arbeit nicht in der Lage sind, die an den Maschinen erforderlichen kleinen Reparaturen vorzunehmen, oder, wenn die Frau bei gleicher Arbeit sich keine vollständigen Berufskennnisse erwirbt (Metallindustrie). Ferner ist der Lohn niedriger in den Gewerben, wo die Frauen in großer Anzahl ihre Arbeit und ihre berufliche Geschicklichkeit zu niedrigeren Sätzen anbieten als die Männer. Die Folge davon ist, daß die Männer dann allmählich aus diesen Berufen verschwinden. Ein Unterschied zwischen Lohn und Arbeitsleistung der Männer und Frauen tritt auch offensichtlich da in Erscheinung, wo die Arbeiten eine starke körperliche und langandauernde Anstrengung erfordern. Einen weiteren wichtigen Grund für den Unterschied sieht der Bericht auch darin, daß die Frauen in der Regel sehr schwach gewerkschaftlich organisiert sind, und es nicht genügend verstehen, ihre Interessen zu verteidigen. Der Bericht fordert, angesichts der Tatsache, daß gewisse Berufe den körperlichen Fähigkeiten und anderen Voraussetzungen der Frau nicht entsprechen, eine Untersuchung dieser Frage vom Standpunkt der Berufsberatung aus. Ferner soll die Berufsausbildung für Frauen mehr gefördert werden, um den Wert ihrer Arbeit zu steigern und auf diese Weise eine Verbesserung ihrer Löhne herbeizuführen. Da die wertvollste Frauenarbeit zweifellos die der Hausfrau ist, wünscht die Vereinigung durch Untersuchungen einen Maßstab für den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Wert der Hausfrauenarbeit zu finden, und da schließlich die niedrigen Frauenlöhne auch auf den Ueberfluß an weiblichen Arbeitskräften zurückzuführen sind, soll eine Regelung des Arbeitsmarktes durch Berufsausbildung und Berufsberatung erfolgen.

Zur natürlichen Bräunung der Haut

fette man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mar., Leodor-Ebel-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont Verkaufsstellen zu haben.

in solchen Fällen. — Arbeit war ja das einzige, was über Kummer und Herzleid hinwegführt, und zu ihrer Arbeit brauchte es das Einsetzen ihrer ganzen vollen Persönlichkeit, laue Halbheit rächte sich sofort. Lore mußte dies leider konstatieren, sie hatte viel veräußert während der letzten drei Monate, diese Tatsache entsachte ihr Tun und Denken zu schier fieberhafter Tätigkeit. Es galt, jenem zu beweisen, daß sie auf ihren zwei Füßen noch gerade so fest wie ehedem stand. Die Episode wollte sie aus ihrem Leben löschen, als ob es nie einen Menschen gegeben, der ihr durch seine Liebe und berauschte Zärtlichkeit ein trügerisches Glück geschaffen, das Fiasko ihrer ersten Liebe sollte ihr eine Warnung fürs ganze Leben bedeuten. Schon glaubte sie, die Krise überwunden zu haben. Als sie eines Tages aber Rudolf auf der Straße begegnete und er an ihr vorübergegangen war, ohne sie eines Blickes zu würdigen, da kam das Herzweh noch einmal über sie mit voller Wucht. Noch einmal tauchten die Bilder der seligsten Zeit ihres Lebens vor ihrem Innern auf, noch einmal träumte sie den schönen Traum ihrer unerfüllten Hoffnungen — dann war auch dies vorbei. Arbeit — Arbeit — schrie es in ihr, und wie ihr der Kopf auch schmerzte und die Augen vom vielen Weinen brannten, sie achtete nicht darauf.

An einem der nächsten Tage mußte sie zur Bibliothek, um sich ein wichtiges Buch zu holen. Es war rau und stürmisch, ein Tag, an dem man nicht gern einen Hund hinausjagt.

„Über Fräulein Linden, bei dem Wetter wollen Sie ausgehen? Kann es denn die Minna nicht mit besorgen?“ fragte Frau

Doktor Strube. — „Sehr liebenswürdig, Frau Doktor, aber ich muß selbst gehen. Ich will nach der Bibliothek und brauche das Buch sehr nötig, sonst würde ich den Gang aufschieben“, erwiderte Lore freundlich.

Die Pensionsinhaberin empfand Mitleid mit dem blaffen Dingelchen. Sie ahnte sehr richtig, daß da etwas in die Brüche gegangen war. Denn die stille sanfte Trauer des Mädchens stach zu auffallend von der früheren gleichmäßigen Heiterkeit ab, als daß es ihr entgehen konnte.

Das war am Vormittag um die zehnte Stunde gewesen. Eben schlug es sechs Uhr, als es draußen heftig und anhaltend klingelte. Minna holte ein und so öffnete Frau Doktor Strube selbst. — Vor ihr stand eine Schwester in Tracht und meldete der Erschrockenen, daß Fräulein Linden erst morgen zu ihr zurückkehren werde, sie möchte sich nicht ängstigen.

„Um Gotteswillen — was ist denn passiert“, klagte Frau Doktor.

„Seien Sie ganz ohne Sorge. Morgen wird sie wieder gesund und frisch bei Ihnen eintreffen. Sie ist heute vormittag von einer längeren Ohnmacht betroffen worden und Herr Doktor Märker wünscht, daß sie sich erst kräftigen soll. Gefahr ist absolut nicht vorhanden“, beruhigte die Schwester.

*

(Fortsetzung folgt.)